Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 552. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 25. November 1863.**

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 23. Novbr. Die „Südd. Ztg." erfährt, daß der Chef des Generalstabes der preußischen Armee, General-Lieut. Freiherr v. Moltke, heute eine Conferenz mit dem österreichischen Generalmajor Freiherrn Rzikowsky von Dobrschitz, mit dem hannoverschen General-Major Schulz und dem sächsischen Major von Brandenstein gehabt habe.

Die heutige „Frankf. Postztg." enthält folgende Mittheilung:

Die gestern hier versammelten großdeutschen Notabeln Hessen-Darmstadts, Nassaus, Frankfurts beschlossen, sämmtlichen großdeutsch gesinnten Vereinen eine Resolution dahin vorzuschlagen: die Erwartung auszusprechen, der Bund werde Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Bundesmitglied anerkennen, demselben den vollen in der Bundesverfassung begründeten Rechtsschutz gewähren, alle nöthigen Maßregeln ergreifen, um die Bevölkerungen Holstein-Lauenburgs gegen Rechtsverletzungen zu wahren. Die Resolution schließt: Bei dem rein nationalen Charakter der schleswig-holsteinischen Frage steht das deutsche Volk einmüthig zusammen und kennt keinen Unterschied politischer Anschauung. Es erwartet die gleiche Gesinnung von seinen Regierungen.

Wien, 23. Nov. Großfürst Constantin ist heute Nachmittag 4 Uhr hier eingetroffen.

Dresden, 24. Nov. In der Beantwortung der an ihn gerichteten Interpellation sagte der Minister Beust noch: Einigkeit sei vor allem Bedürfniß und ebensosehr schnelle aber strenge Prüfung des Rechts, wo das Recht vielleicht gegen die Macht zu schützen sein werde. Sachsen werde seine völlig freie Abstimmung lediglich nach gewissenhafter Ueberzeugung bemessen. Es solle kein Zweifel bestehen, daß in Sachsen an maßgebender Stelle gutes Recht ebenso sichere Stätte finde, als Deutschlands Ehre. Komme es zum Handeln, so werde Sachsen nicht im letzten Treffen zu finden sein. Dieser Antwort folgten Bravorufe aus der Kammer und von den überfüllten Tribünen.

Stuttgart, 24. Nov. Die Abgeordnetenkammer beschloß einstimmig, die Regierung zu ersuchen, mit allen Mitteln für Schleswig-Holsteins Rechte einzutreten.

Hamburg, 24. Nov. Eine heute stattgehabte Versammlung von Abgeordneten und Stellvertretern von Abgeordneten der holsteinischen Stände, an welcher sich auch die Ritterschaft zahlreich betheiligte, beschloß einstimmig, die Eingabe der fünfundzwanzig Abgeordneten vom 19. d. M. an die deutsche Bundesversammlung gutzuheißen. Weitere 38 Mitglieder, darunter Baron Blome, haben die Eingabe nachträglich unterzeichnet.

Stockholm, 24. Nov. Der Minister des Auswärtigen, Graf Manderström, theilte heute dem Reichstage mit, daß der König schon unterm 15. d. M. die Einladung des Kaisers Napoleon beantwortet habe, und willens sei, persönlich an dem Congresse theilzunehmen.

London, 24. Nov. Ueber Suez von gestern eingetroffene Nachrichten aus Honkong vom 26. v. M. melden, daß in Japan ein französischer Offizier ermordet, sofortige Genugthuung gefordert und Feindseligkeiten der vereinigten englischen und französischen Streitkräfte erwartet werden. In Honkong waren Shirtings und Frachten steigend, Baumwolle nur für Speculation gefragt, Bankbillets 4 sh. 9 d.

London, 24. Nov. Der Postdampfer „Hecla" hat newyorker Nachrichten vom 11. d. M. nach Cork gebracht. Der Staatssecretär Seward hat die Erlaubniß, für Juarez zu werben, verweigert. Personen, die sich damit abgeben, sollen gerichtlich verfolgt werden.

Preußen.

Berlin, 24. Nov [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer v. Hennigs auf Stremlow, Kreis Grimmen, dem Landrath v. Hagemeister zu Franzburg, und dem Brandmeister Koethner zu Greifswald den rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem pensionirten Kreisboten Stahnke zu Bergen, Kreis Rügen, und dem Schulzen Beug zu Lodmannshagen, Kreis Greifswald, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der königliche Eisenbahn-Baumeister Schwabe ist zum königl. Eisenbahn-Bau-Inspektor ernannt, und demselben die zweite Eisenbahn-Bau-Inspektor-Stelle im technischen Eisenbahn-Bureau des königl. Handels- 2c. Ministeriums verliehen worden.

Der zum Pfarrer in Powunden berufene seitherige Superintendent und Pfarrer in Schwetz, Eduard Heinrich Fridolin Horn, ist zum Superintendenten der Diöces Schaaken ernannt worden.

Dem Musik- und Gesanglehrer beim königl. Gymnasium und Regens chori bei der katholischen Pfarrkirche zu Oppeln, Bernhard Kothe, ist das Prädikat „Musik-Direktor" verliehen worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Rittergutsbesitzer Peter Joseph Weidenfeld auf Birkhof, im Kreise Neuß, die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Ritterkreuzes des St. Gregorius-Ordens zu ertheilen.

Berlin, 24. Nov. [Se. Maj. der König] empfingen gestern die Vorträge des Civil-Kabinets, des Kriegsministers und des Minister-Präsidenten. Mittags fuhren Se. Majestät zu einem Besuche nach Sanssouci zu Ihrer Maj. der verrwittweten Königin und besichtigten bei dieser Gelegenheit einige Gartenanlagen auf Babelsberg. Heute empfingen Se. Majestät die militärischen Meldungen in Gegenwart des commandirenden Generals des Garde-Corps und des Kommandanten von Berlin. Vortrag bei Sr. Majestät hatten: der Polizei-Präsident, das Militärkabinet, der Finanzminister und der Minister-Präsident. (St.-Anz.)

K. C. [Die gestern vom Kriegsminister eingebrachte Militärnovelle] wird erst heute Abend gedruckt vertheilt. Was inzwischen von zuverlässiger Seite über ihren Inhalt verlautet, bestätigt durchaus den Eindruck der gestrigen Erklärung des Kriegsministers, daß die jetzige Militärnovelle sich in keinem wesentlichen Punkte von der aus voriger Session unterscheidet. Die sogenannte „Umarbeitung" ist kaum mehr als eine redactionelle; einzelne Paragraphen sind umgestellt, einzelne Bestimmungen anders gruppirt; die wesentlichsten Artikel, um die sich seit Jahren der Streit dreht, sind auch wörtlich unverändert geblieben. Die Wehrpflicht dauert vom 17. bis zum 49. Jahre; die bewaffnete Macht zerfällt in Heer, Marine und Landsturm; das Heer zerfällt wieder in das stehende Heer und die Landwehren ersten und zweiten Aufgebots; die Marine in die Kriegsflotte und Seewehr. Die Präsenzzeit bei den Fahnen ist, mit Ausnahme des Trains für alle Truppengattungen dreijährig, die Reservezeit vierjährig; die Landwehr ersten Aufgebots umfaßt vier Jahre, die des zweiten Aufgebots fünf Jahre; mit vollendetem sechsunddreißigsten Lebensjahre erfolgt der Uebertritt in den Landsturm. Die Verwendbarkeit der Landwehr bei innern Unruhen soll nicht wieder vorgeschlagen sein; die staatsbürgerliche Stellung der Reservisten — und dies wäre denn die einzige Concession — soll etwas verbessert werden, so nämlich, daß Reservisten und Landwehrmänner, wenn sie nicht einberufen sind, mit Ausnahme der in Thl. II. § 6 Nr. 1—5 des Militärstrafgesetzbuches aufgeführten Fälle, in Strafsachen den Civilgerichten unterworfen sein sollen. Es versteht sich wohl von selbst, daß es für die Berathung dieses Gesetzentwurfs keiner Militärkommission bedarf. Seit 3 Jahren steht die Militärfrage auf der Tagesordnung des Landes; jeder politische Mann im Volke hat in derselben feste Position genommen; für alle liberalen Parteien einstimmig ist die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie erste unumgängliche Vorbedingung einer jeden Möglichkeit von Verständigung, und doch ist das Ministerium auch diesmal auf diese Vorbedingung nicht eingegangen. Das Schicksal der jetzigen Militärnovelle steht also im Voraus vollkommen fest, und das Haus würde sich daher ein klägliches Armuthszeugniß ausstellen, wenn es das bis zur Ermüdung Durchgesprochene noch einmal einer Commissionsberathung würdigen wollte, statt in rascher öffentl. Entscheidung ein kurzes Nein zu sagen, welches das ganze Land gut verstehen u. freudig begrüßen würde. Der Kriegsminister hat zwar gestern ein Moment angeführt, welches vielleicht zu Gunsten einer Commissionsberathung gewendet werden kann: er hat, wenn auch nicht ganz unverclausulirt, doch sein persönliches Erscheinen in der Commission in Aussicht gestellt. Diese Aussicht könnte indeß nur dann bestimmend sein, wenn der Kriegsminister verhindert wäre, im Plenum etwas zu sagen, was er in der Commission mittheilen könnte. Aber einerseits ist die Militärfrage eine rein innere, und der Kriegsminister kann sich darüber gerade so gut im Plenum aussprechen, wie in der Commission, ja es ist sogar wünschenswerth, daß jedes Wort über die Militärfrage öffentlich vor dem ganzen Lande gesprochen werde, falls dabei überhaupt noch gesprochen werden soll. Andererseits sind die Commissionsberathungen, sobald das Haus nicht ein Anderes beschließt, für die Mitglieder des Hauses öffentlich; speciell die Protokolle der Militär-Commission sind immer gedruckt worden, und das Haus wird sich schwerlich veranlaßt fühlen, für diese Militärfrage Geheimhaltung zu beschließen. Vielmehr würde sich wohl jeder Abgeordnete gedrungen fühlen, die etwaige Nachricht von einer Concession der zweijährigen Dienstzeit als längst ersehnte Friedensbotschaft möglichst rasch zu veröffentlichen, und so lange diese Concession nicht vorliegt, würden der Verhandlungen einer Militärcommission nicht das mindeste Interesse für das Land haben. Wenn man bei dieser Sachlage davon spricht, den Berathungen der etwaigen Militärcommission ihren vertraulichen Charakter zu bewahren, so ist das eine Anschauung, die lediglich aus der Gewohnheit eines büreaukratischen Stilllebens sich erklärt und jedes Verständniß für öffentliches und parlamentarisches Leben ermangelt.

[Die Budgetcomm. des Hauses der Abgg.] hat heute die Etatsüberschreitungen pro 1859, 60 und 61 durchberathen und außerdem den Etat des auswärtigen Ministeriums erledigt. Die Notiz von dem Gehalt von 26,000 Thlr., welches Herr v. Bismarck durch die Cumulation der Präsidentschaft im Staatsministerium und der Stellung als auswärtiger Minister beziehen soll, hat sich dabei natürlich als unbegründet erwiesen.

[Ueber die Aufhebung der Preßverordnung] schreibt die „B. A. Z.": Durch die Art und Weise, in welcher das Ministerium bei Außerkraftsetzung der Verordnung vom 1. Juni d. J. zu Werke gegangen ist, hat dasselbe einen Präcedenzfall geschaffen, gegen dessen Consequenzen wir uns gedrungen fühlen, Verwahrung einzulegen. 1) Sobald eine octroyirte Verordnung von einer Kammer nicht genehmigt ist, tritt dieselbe sofort außer Kraft. Ein Aufschub auf Tage ist so wenig gerechtfertigt, als ein Aufschub auf Jahre. Kraft des Grundsatzes von der Unverantwortlichkeit der Krone kann aber der König nie zu einem positiven Handeln verpflichtet sein, noch weniger verpflichtet sein, in einem bestimmten Augenblicke eine positive Handlung vorzunehmen. Der Weg der königlichen Verordnung kann daher nicht der Weg sein, auf welchem eine octroyirte Verordnung außer Kraft zu setzen ist. 2) Durch eine administrative Anordnung kann eine mit Gesetzeskraft bestehende Anordnung nie aufgehoben werden. Es bedarf der Aufhebung einer octroyirten Verordnung nicht mehr, sobald derselben von einer Kammer die Genehmigung versagt worden ist; sie tritt vielmehr ipso jure außer Kraft. Es bedarf nur noch einer officiellen Publication dieser Thatsache, damit keine Behörde über das erfolgte Erlöschen der Verordnung in Zweifel bleibt.

[Gegen J. Jacoby] soll bereits ein Scrutinialverfahren wegen seiner letzten Rede eingeleitet sein.

[Die Regierung] widmet der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, wie die „Kreuzztg." erfährt, die angestrengteste Thätigkeit. Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten herrscht daher ein lebhafter diplomatischer Verkehr und ein sehr vermehrter Depeschenwechsel zwischen Berlin, London, Frankfurt a. M. und Wien. In Folge dessen hat der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten täglich Vormittags ununterbrochen mit den Gesandten der auswärtigen Regierungen conferirt, namentlich die Vertreter Englands, Frankreichs, Rußlands und Oesterreichs einzeln empfangen.

[Zur Marschbereitschaft.] Was die der sechsten und dreizehnten Division ertheilten Befehle in Hinsicht auf eine Execution in Holstein betrifft, so schreibt man aus Brandenburg, daß eine eigentliche Marschbereitschaft noch nicht anbefohlen worden, sondern bis jetzt nur eröffnet worden ist, daß sie eventualiter zum Ausrücken bestimmt seien, und die Offiziere u. s. w. daher ihre Wohnungsverhältnisse zu reguliren hätten, daß auch die Equipirungs- und Ausrüstungsstücke bereit zu halten seien.

Danzig, 23. Nov. [Zur Marine.] Die Schrauben-Corvette „Nymphe" wird heute Nachmittags nach Swinemünde abgehen und die Corvette „Arcona" derselben in einigen Tagen folgen, um dort Station zu nehmen. Die Kriegs-Segelschiffe „Niobe", „Musquito" und „Rover" sollen bereits am 16., bez. 18. d. M. Plymouth verlassen haben und werden in diesen Tagen hier erwartet. (D. D.)

Köln, 21. Nov. [Militärisches.] Gestern ist von dem hier garnisonirenden westfäl. Pionnier-Bataillon Nr. 7 ein Commando unter einem Offizier nach dem Jahdebusen abgegangen.

Deutschland.

In Sachen Schleswig-Holsteins.

K. C. **Berlin.** [Die schleswig-holsteinische Commission des Hauses der Abgeordneten] ist heute (24. Nov.) gewählt und hat sich constituirt: v. Carlowitz, Vorsitzender, v. Unruh, Stellvertreter des Vors., Krieger (Goldap), Schriftführer, v. Bunsen, Stellvertreter des Schriftführers, Harkort, v. Vincke-Olbendorf, Graf Schwerin, Wachsmuth, Stavenhagen, Lette, Techow, Dr. Löwe, v. Ammon, Pannier, Jacoby, v. Sybel, Immermann, v. Rönne, Möller, Twesten, Dahlmann. Die nächste Sitzung soll heute Abend um 6 Uhr stattfinden, falls das Staatsministerium dann schon erscheinen kann, sonst morgen Früh. Ueber die Absichten des Staatsministeriums in dieser Sache gehen inzwischen die unerfreulichsten Gerüchte; das Ministerium wäre darnach zu einer Haltung geneigt, welche der Stimmung des preußischen Volkes wie den Interessen Deutschlands durchaus widerspräche; es heißt nämlich, die Anerkennung des Königs Christian von Dänemark als Herzogs von Schleswig-Holstein gehöre für das Ministerium nicht zu den Unmöglichkeiten. — Die Mittheilungen, welche die Abgeordneten aus dem Lande erhalten, lassen keinen Zweifel darüber, daß man im Volke die Schwierigkeiten vollkommen würdigt, welche das Auftreten des Abgeordnetenhauses in der schleswig-holsteinschen Sache gegenüber dem jetzigen Ministerium hat; die Stimmung im Lande geht offenbar dahin, daß Preußen für Schleswig-Holstein eintreten müsse, daß man aber weder dem jetzigen Ministerium die Führung der Sache anvertrauen, noch auch dem jetzigen System durch eine auswärtige Verwickelung über die inneren Schwierigkeiten hinweghelfen dürfe. (Unsere Nachrichten aus dem Lande lauten darüber anders; wenn das Abgeordnetenhaus einen derartigen Beschluß faßt, so hat es gar keine Ursache, das Ministerium zu tadeln; denn es handelt dann einfach nach dem Grundsatz: wasch mir den Pelz und mach' ihn nicht naß. D. Red. d. Bresl. Z.)

[Preußen überläßt Schleswig-Holstein dem Bunde.] Mehrfache Anzeichen ergeben, daß die Truppenkörper, welche das von Preußen für die Bundesexecution in Holstein zu stellende Reservecorps bilden sollen, alsbald nach der Gegend von Hamburg hin in Marsch gesetzt werden dürften. Auch sonst werden auf militärischem Gebiet mancherlei Vorkehrungen getroffen. Irgend ein Vorgehen auf eigene Hand steht aber von Seiten Preußens in der Herzogthümerfrage nicht zu erwarten. Wie diese Angelegenheit ihrer ganzen Natur nach Bundessache ist, so gilt für deren Austrag hier in jeder Hinsicht die Losung, daß alle Schritte und Maßnahmen zur Wahrung des in Frage stehenden deutschen Rechtes vom Bunde auszugeben haben, und durch das gleichmäßige Zusammenwirken der Bundesglieder ins Werk zu setzen sind.

Frankfurt a. M., 20. Novbr. In seiner heutigen Sitzung hat der Senat beschlossen, den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen und wird in der morgigen Sitzung des Bundestags seine dahingehende Erklärung abgeben. — Die sehr gut armirten und organisirten Wehrriegen unserer verschiedenen Turnvereine haben sich bereit erklärt, auf den ersten Ruf auszuziehen.

Frankfurt, 23. November. [Protest des dänischen Gesandten.] Die „Europe" fährt heute mit der Veröffentlichung der in der letzten Bundestagssitzung vorgelegten Actenstücke fort:

Der Protest der dänischen Regierung sagt: Der Gesandte müsse Namens seiner allerhöchsten Regierung gegen jeden Anspruch von Mitgliedern der herzoglich augustenburg'schen Linie auf eine Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg als vollkommen unbegründet in entschiedenster Weise Protest einlegen und unterlasse nicht, dabei noch hinzuzufügen, wie — um allen etwaigen zukünftigen diesfälligen Prätensionen ein- für allemal vorzubeugen — Herzog Christian August von Augustenburg durch die Acte vom 30. Dez. 1852 der k. Regierung eine Versicherung gegeben hat, welche in den Artikeln 2 und 3 folgendermaßen lautet: „2. Ueberdies verpflichten wir uns hierdurch nicht allein dazu, für unsere Person und unsere Familie inskünftige unseren Aufenthalt außerhalb Ihro königlichen Majestät Reiche und Lande, worin wir oder unsere Nachkommen selbstverständlich kein Grundeigenthum erwerben dürfen und wollen, zu nehmen, sondern 3. geloben und versprechen außerdem für uns und unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehre, nichts, wodurch die Ruhe in Ihro königl. Majestät Reiche und Lande gestört oder gefährdet werden könnte, vornehmen, ingleichen den von Ihro königl. Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter allerhöchstdero Scepter gegenwärtig vereinigten Lande oder die eventuelle Organisation allerhöchstdero Monarchie gefaßten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegentreten zu wollen."

Es folgt nun eine Berufung auf den londoner Tractat vom 8. Mai 1852, an dessen Abschlusse die beiden deutschen Großmächte Theil genommen und dem mehrere deutsche Regierungen beigetreten sind.

Auf diese Berufung erklärt Baiern, ohne jetzt in die Hauptfrage einzugehen, daß dieser Vertrag bis jetzt der hohen Bundesversammlung nicht offiziell zur Kenntniß gebracht und noch weniger von derselben anerkannt ist. Dieser Vertrag existire daher zur Zeit für die hohe Bundesversammlung rechtlich nicht, dieselbe habe vielmehr demselben gegenüber vollkommen freie Hand.

Bezüglich seiner beantragten Nichtzulassung protestirte der dänische Gesandte, indem er zugleich darauf aufmerksam machte: „zu welchen bedenklichen Consequenzen die Nichtzulassung des Vertreters Sr. Majestät des Königs von Dänemark als Mitglied des deutschen Bundes in die Bundesversammlung, nachdem allerhöchstderselbe die Regierung in seinen zum deutschen Bunde gehörigen Landen angetreten hat, Veranlassung geben könnte."

München, 20. Nov. [Die Stimmung in Baiern] bleibt Angesichts der schleswig-holsteinischen Frage in keiner Weise hinter dem übrigen Deutschland zurück. Ultramontane wie liberale Blätter begegnen sich in der Forderung eines unbedingten Einstehends für das gute Recht der Herzogthümer.

Nürnberg, 21. Nov. [Schleswig-Holstein eint die Parteien.] Der „K. v. u. f. D." meldet: „Es hat sich hier ein Comite aus beiden Lagern (dem großdeutsch-österreichischen und dem nationalvereinlichen) gebildet, das in einer demnächst zu veranstaltenden allgemeinen Versammlung eine Adresse an Se. Maj. den König Max auflegen wird, worin das Vertrauen ausgesprochen werden soll, daß Se. Majestät, wie er die Veranlassung gegeben, daß das londoner Protokoll dem Bundestage nicht zur Anerkennung vorgelegt wurde, auch jetzt in der schleswig-holsteinischen Sache das bestehende Recht Deutschlands, der Herzogthümer und des Herzogs von Schleswig-Holstein schützen und vertheidigen möge, zu welchem Zwecke das Volk mit allen zu Gebote stehenden Mitteln mitzuwirken bereit sei."

Meiningen, 22. Nov. Unser neuestes „Regierungsblatt" äußert sich zur schleswig-holsteinischen Frage in officiöser Weise also: „Sicherem Vernehmen nach werden mehrere deutsche Staaten, und unter diesen auch die hiesige Regierung, bei der Bundesversammlung einen Protest einlegen gegen jeden Act, durch welchen der König Christian IX. etwa sich bei dem Bundestage als Regierungsnachfolger in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg geriren würde, also namentlich auch jede von dem eben genannten Prinzen bewirkt werdende Ernennung und Accreditirung eines Bundestags-Gesandten für Holstein und Lauenburg."

Flensburg, 20. Nov. Vom hiesigen Magistrats- und Deputirten-Collegium ist der Beschluß gefaßt worden, eine Deputation nach der Hauptstadt zu senden, um im Namen der Stadt Sr. Maj. dem Könige eine Huldigungs- und Beglückwünschungs-Adresse zu überreichen. Es heißt, daß der Ober-Präsident, der Bürgermeister und zwei Mitglieder des Deputirten-Collegiums bereits morgen zu diesem Zwecke die Reise antreten werden. — Von den meisten Städten und größeren Corporationen sollen, dem Vernehmen nach, Delegirte sich zu demselben Zwecke nach der Hauptstadt begeben.

[Die Unmöglichkeit eines Aufstandes in Schleswig-Holstein.] Sollte man der Ansicht sein, daß die deutschen Herzogthümer im Stande wären, durch Selbsthilfe das fremde Joch abzuschütteln, so ist dies eine leere Täuschung. Der „Südd. Ztg." wird aus Holstein berichtet: Wir begreifen recht wohl unsere Pflicht, in dem Kampfe für die Unabhängigkeit von Dänemark, die nun durch die getrennte Erbfolge unser Recht geworden ist, voranzustehen und nöthigen-

falls uns zu opfern. Aber es ist eine Verkennung der thatsächlichen Lage, wenn man in diesem Augenblick in Holstein oder gar in Schleswig eine offene und bewaffnete Erhebung zu Gunsten des rechtmäßigen Herzogs erwartet. Im Jahre 1850 stand unser Land vortrefflich gerüstet und bewaffnet dem Feinde gegenüber. — Deutschland nahm uns damals die Waffen aus der Hand und überlieferte die nicht besiegten Brüder wehrlos dem Landesfeind. Jetzt stehen die holsteinischen Truppen unter dänischen Offizieren auf den dänischen Inseln, Schleswig wie Holstein sind mit national-dänischen Truppen überfüllt und werden es täglich mehr. Sollte es selbst einer Schaar, die sich preiszugeben bereit ist, gelingen, über diese Truppen für den Augenblick Herr zu werden — wir würden uns in dem offenen, überall von den besten Straßen durchzogenen Lande keine drei Tage behaupten können. Feste Plätze und Stellungen giebt es da für uns nicht." — Alle unsere Nachrichten aus den Herzogthümern, setzt die „N. Z." hinzu, stimmen mit dieser Darstellung überein. In dem überall leicht zugänglichen Lande, das verhältnißmäßig nur äußerst wenige einigermaßen ansehnliche Städte enthält, ist jeder Aufstand gegen die starke fremde Truppenmacht unmöglich. An Märtyrern wird es dennoch nicht fehlen; die Liste der Beamten, welche den Eid zu weigern entschlossen sind, wächst täglich, und in dieser Form des Widerstandes wird alles nur irgend zu Erwartende geleistet werden. Soll derselbe aber einen andern Erfolg haben, als den gänzlichen Ruin des Landes, so thut die schleunigste Hilfe Noth.

Ratzeburg, 21. Novbr. Die heute ausgegebene Nr. 27 des offiziellen „Wochenblattes für das Herzogthum Lauenburg" enthält nachstehendes Ausschreiben an alle Obrigkeiten im Herzogthum Lauenburg:

„Es ist zur Kunde der Regierung gekommen, daß eine gedruckte Proklamation, de dato Schloß Dolzig den 16. November 1863, unterzeichnet: Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein, in das hiesige Land gesandt worden ist, worin der Unterzeichner erklärt, die Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein anzutreten, und worin auch eine Ansprache an die Lauenburger enthalten ist. Wenn Wir nun gleich zu der loyalen und besonnenen Gesinnung der Lauenburger das Vertrauen hegen, daß sie dieser Ansprache kein Gehör schenken werden, so haben Wir doch nicht unterlassen wollen, den sämmtlichen Obrigkeiten des Herzogthums Lauenburg hiermit die Anweisung zu ertheilen, etwanigen Demonstrationen, welche durch diese Proklamation hervorgerufen werden könnten, mit Ernst und Nachdruck zu begegnen. Ratzeburg, den 20. November 1863.

Königliche Regierung des Herzogthums Lauenburg.
v. Kardorff. Romundt."

Ferner enthält dasselbe Blatt nachstehende Regierungs-Currende vom 20. November an sämmtliche Prediger des Herzogthums Lauenburg, wegen Abänderung des Kirchengebetes:

„Se. Maj. der König haben unter dem 19. d. Mts. allerhöchst zu resolviren geruht, daß bei dem Kirchengebet für das königliche Haus Folgendes beobachtet werden solle: Nach der Fürbitte für Se. Maj. den König Christian den Neunten, soll für Ihre Majestät die Königin Louise, für Ihre Majestät die verwittwete Königin Caroline Amalie, für Seine königl. Hoheit den Kronprinzen Frederik, für die übrigen königlichen Kinder und für Ihre königliche Hoheit die Erbprinzessin Caroline Sophie, sowie für die übrigen königlichen Prinzessinnen gebetet werden. Vorstehende allerhöchste Resolution wird, in Gemäßheit Schreibens des königlichen Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 19. d. M., den sämmtlichen Predigern des Herzogthums Lauenburg zur Nachricht und Nachachtung hiermit eröffnet"

* **London,** 21. Nov. [Der deutsch-dänische Streit.] Die englischen Blätter zucken zwar noch die Achseln über den schleswig-holsteinischen „Orkan im Theetopf", aber daß es mit dieser verachtungsvollen Zuversicht nicht weit her ist, zeigt die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, die sie jeder den Gegenstand betreffenden deutschen Zeitungsnotiz schenken. Freilich ist die Aufmerksamkeit, die sie der Frage schenken, nicht gleichbedeutend mit wirklicher Kenntniß derselben, und die Mehrzahl der Blätter gefällt sich in einem Gallimathias, der um so unerquicklicher wirkt, als Frivolität, cynische Unterschätzung Deutschlands und absichtliche Lüge, zur Erquickung englischer Leser, in das wirre Durcheinander mit hineingemischt werden. Es ist kaum möglich, diese Artikel auch nur auszugsweise wiederzugeben, weil man die Pflicht haben würde (der in die Augen springenden Unwahrheit ganz zu geschweigen), das Schiefe, nur halb Richtige jedes einzelnen Satzes zu widerlegen. Am erträglichsten erscheinen in der That solche Artikel, die völlig rücksichtslos auftreten und außer der Abneigung gegen Deutschland die englische Unvertrautheit mit der Frage deutlich zur Schau tragen. Unter diesen Blättern ist die Palmerstonsche „Post", wie immer, an der Spitze. Sie überbietet sich selbst im unverschämten Sichgehenlassen und schreibt unter Anderem:

Die Anerkennung gewisser staatlicher oder dynastischer Rechte ist gemeiniglich den fünf Großmächten anvertraut worden, weil die Stimmen der fünf Großmächte in Bezug auf das Verhalten ganz Europa's entscheidend ist. Genau kraft eines solchen Vertrages trägt König Leopold die Krone von Belgien; und die Krone von Belgien gehört ihm nicht um ein Haar weniger, weil die Herzoge von Koburg und Meiningen und Weimar nicht zur Conferenz von 1832, welche die Unabhängigkeit und Neutralität des belgischen Königreichs feststellte, geladen waren. Es ist daher eitel Gerede von gewissen kleinen Staaten, daß das Protokoll von 1852 ungiltig sei, weil man sie nicht befragt habe. (Die „Post" weiß vielleicht nicht, daß Belgien weder deutsch ist, noch zum deutschen Bunde gehört, wie Holstein.) Man führt an, daß der Abmachung von 1852 die Zustimmung der Herzogthümer selbst nicht durch Volksvotum gegeben worden sei. Wenn dieser Grund an der Elbe und Eider gilt, so gilt er auch am Rhein. Wenn Preußen z. B., als leitende Macht Norddeutschlands und als Hauptförderer des dänischen Krieges von 1848, eine solche Doctrin anerkennte, mit welchem Recht könnte es seine Herrschaft über die Rheinprovinz vertheidigen, welche Frankreich mit eben so viel Recht reclamiren könnte unter dem Vorwande, daß der wiener Vertrag nie durch ein Votum der rheinischen Bevölkerung bestätigt wurde?

Der bare Unsinn. Nur die „Saturday Review" bemüht sich, dem Ernst der Sache gerecht zu werden, und trifft den rechten Punkt, wenn sie schreibt:

Der erste Schritt des neuen Königs von Dänemark war die Unterzeichnung einer Akte, wodurch Schleswig, dem Uebereinkommen von 1852 zum Trotz, unter eine gemeinsame Verfassung mit Dänemark gestellt wird. Würden die Rechte Schleswigs und Holsteins einmal von Dänemark anerkannt und wirksam garantirt, dann könnten England, Frankreich und Rußland billigerweise vom deutschen Bunde verlangen, daß er die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg verwerfe. Aber die Sache liegt umgekehrt. Dänemark hat seine Zusagen betreffs der Herzogthümer gebrochen.

In einem zweiten Artikel schreibt dasselbe Blatt:

Das Höchste, was sich von Preußen und Oesterreich verlangen läßt, ist, daß sie neutral bleiben, anerkennend, daß Deutschland Recht hat, aber zugleich zugestehend, daß ihnen das Protokoll von 1852 die Hände bindet. Es ist aber nicht unmöglich, daß eine der beiden Mächte, um ihre Nebenbuhlerin zu überflügeln, das Protokoll für ungiltig erklärt und die andere mit fortreißt. Die nichtdeutschen Mächte, zumal England, werden sich dann in einer großen Schwierigkeit befinden. Sie werden sich durch eine feierliche Uebereinkunft gebunden sehen, die Sache des Königs von Dänemark zu unterstützen; aber es bleibt ein seltsames Ding, daß England sich ermächtigt glaubt, einem fremden Volke gegen dessen Wunsch einen fremden Fürsten aufzunöthigen.

Die Toryblätter („Herald", „Standard", „Preß") verharren in ihrer leidenschaftlichen Advocatur für Dänemark. Es ist das traditionelle Tory-Politik, Deutschland als Seemacht nicht aufkommen zu lassen.

Frankreich.

Paris, 22. Nov. [Der Congreß.] Nach der „Patrie" hat die Regierung eine neue Note in der Congreß-Frage an ihre Agenten im Auslande ergehen lassen. Dieselbe ist nicht identisch abgefaßt; in allen wird aber die Hoffnung ausgedrückt, daß die Mächte sich dem Projekte des Kaisers anschließen werden. In dieser Note soll auch gesagt werden, ohne daß jedoch ein eigentliches Programm aufgestellt wird, mit welchen Fragen sich der Congreß hauptsächlich zu beschäftigen habe, nämlich mit der polnischen, der dänisch-deutschen, der italienischen (Rom und Venedig) und der rumänischen (innere Organisation der Fürstenthümer).

[Schleswig-Holstein.] Wie es heißt, ist gestern ein Schreiben des Prinzen von Augustenburg an den Kaiser in Compiegne eingetroffen. Ich glaube gestern bemerkt zu haben, daß die offiziöse Presse eine große Zurückhaltung in der dänischen Angelegenheit beobachte; heute aber tritt das Leiborgan des Herrn Drouyn de Lhuys, das „Memorial diplomatique", entschieden für Dänemark in die Schranken.

Rußland.

Unruhen in Polen.

\## **Warschau,** 23. Novbr. [Kriegszustand. — Murawieff'sches Verfahren. — Treffen mit den Insurgenten. — Grabowski †. — Angriff auf die Post.] Bei Verkündigung des Kriegszustandes hieß es, daß die Civilgerichte ungestört ihren regelmäßigen Gang gehen sollen. Damit in Widerspruch hat General Bremsen, der Commandant von Lodz und Umgegend, dem Friedensgericht in Zgierz den Befehl zugehen lassen, sofort nach erstgenannter Stadt sich zu begeben, damit er die Wirksamkeit desselben überwachen könne. Das Gericht wendet dagegen ein, daß es eine solche Translokation ohne Vorwissen seiner Oberbehörde nicht unternehmen dürfe, der General blieb bei seinem Befehl und erinnerte an den Kriegszustand. — Die Nachrichten vom Augustowischen her lauten immer noch sehr traurig. Da hausen die jüngeren Murawieff's in einer Weise, gegen welche das bei uns beobachtete Verfahren Milde genannt werden kann. Zwei Deutsche, die Kaufleute Haberkant und Hock haben ein Jeder ein paar hundert Ruthenhiebe bekommen, um die Namen derjenigen zu nennen, welchen sie die National-Steuer eingehändtgt hatten. Die Güter des Herrn von Mühlberg sind, ich weiß nicht aus welcher Veranlassung, total ruinirt worden. Und um in ihrer Thätigkeit ungestört und von Europa uncontrolirt sein zu können, haben die dortigen Militärbehörden den Verkehr des Gouvernements mit dem übrigen Königreich fast ganz abgeschnitten. Die Personen- und Brief-Post ist eingestellt, und die Ertheilung der Pässe ist fast null. — Aus Lublin meldet man wir, daß vorigen Freitag bei Lenczno eine Abtheilung Russen, aus einer Compagnie Infanterie und zwei Sotnien Kosaken bestehend, von den Insurgenten mit überlegenen Kräften überfallen und ihr großer Schaden beigebracht wurde. Dagegen erzählt man aus dem Gostyninischen, daß Syrewicz's Reiterabtheilung von den Russen erheblich geschlagen worden ist. — Der „Dziennik" enthält die Adresse der Juden von Suwalk. Ueber die Entstehungs-Geschichte dieser Adresse sind die Leser bereits unterrichtet. — Ich vergaß Ihnen mitzutheilen, daß der Ober-Director der Commission der Culten und der öffentlichen Aufklärung, Grabowski, mit Tode abgegangen ist. Wie man hört, soll seine Stelle der gegenwärtige Präses der Censur und Hauptredacteur des amtlichen „Dziennik Powszechny", General Pawliszczew, einnehmen. — Vergangenen Donnerstag haben Insurgenten die von hier nach Lublin gehende Post überfallen und, wie gewöhnlich, die militärische Correspondenz vernichtet. Zur Strafe dafür hat General Chruszczew die mit derselben Post in Lublin angekommene Privat-Correspondenz vernichten lassen. Unglaublich, aber wahr, sage ich auch hier.

---

†† **Breslau,** 25. Nov. Die Wissenschaft, namentlich die theologische, hat schon wieder einen herben Verlust erlitten, Herr Consistorialrath Professor **DDr. Böhmer** ist diese Nacht in Folge des Nervenfiebers, an welchem er seit circa 8 Tage schwer erkrankt war, verschieden. — Georg Wilhelm Rudolf Böhmer wurde zu Burg (bei Magdeburg) am 5. März 1800 geboren. Den ersten Unterricht erhielt er in der Stadtschule zu Burg, besuchte dann das Joachimthalsche Gymnasium zu Berlin, bezog 1819 die Universität ebendaselbst und wurde im Januar 1824 zum Licentiaten creirt. Im Jahre 1824 und 1825 war er Privatdozent zu Berlin, 1826 außerordentl. Prof. in Greifswalde, 1828/29 in Halle, 1829 ordentlicher Professor in Greifswalde und 1832 nach der Universität zu Breslau versetzt. Sein gesegnetes Wirken in unserer Stadt ist im ehrenvollsten Andenken; nicht allein die theologische Welt sondern in den weitesten Kreisen außerhalb derselben wird man den Verlust eines so hochbegabten Mannes, eines so humanen, liebenswürdigen Gelehrten schmerzlich betrauern.

Noch eine zweite Trauerkunde haben wir dieser Schmerzensbotschaft hinzuzufügen: Kaum war Hr. Cons.-Rath Böhmer um 1½ Uhr Morgens in ein besseres Dasein hinüber geschlummert, als ihm fünf Minuten später seine Gattin, welche, wie wir hören an den Blattern erkrankt war, nachfolgte.

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein dunkelbrauner Genotte-Muff mit schwarzen Streifen und rothseidenem Futter, an beiden Enden mit einem Pelzvorstoß; eine zinnerne mit Arabesken verzierte Tabaksdose.

Am 23sten d. Mts., Mitags nach zwölf Uhr, hatte sich die Ehefrau des Weidenstraße Nr. 12, drei Stiegen hoch, wohnenden Kohlenarbeiters Z., von Hause entfernt, um letzterem das Essen zu überbringen, während ihre beiden an Masern krank darnieder liegenden Kinder, im Alter von vier und zwei Jahren, in der verschlossenen Wohnung zurückblieben. Nach Verlauf von kaum einer Stunde erhoben letztere plötzlich ein jämmerliches Geschrei, was den Schuhmacher-Gesellen E. Kedron und den Hürdlerknecht A. Manseck, beide auf demselben Flure wohnhaft, veranlaßte, die Wohnung des Z. gewaltsam zu öffnen. Hier fanden sie denn, daß mehrere um den geheizten Ofen herumliegende Lumpen ꝛc., so wie das in der Nähe des Ofens stehende Bett der Kinder, in welchem diese lagen, in Brand gerathen waren. Kedron und Manseck gelang es das Feuer zu löschen, nachdem dieselben zuvor die Kinder aus dem brennenden Bette genommen und nach ihren Wohnungen gebracht hatten. Leider hatte das älteste der Kinder bereits mehrere Brandwunden an der linken Seite des Körpers erlitten, dieselben sind indeß nicht lebensgefährlich; das jüngere Kind ist bis auf den Verlust eines Theils der Haare, welche die Flammen bereits ergriffen hatten, unbeschädigt geblieben.

Angekommen: Se. Durchlaucht Heinrich IV. Prinz von Reuß aus Ernstbrunn. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 24. Nov. 10 U. Ab.	334,43	+4,8	SW. 2.	Trübe.
25. Novbr. 6 U. Mrg.	334,47	+4,4	SO. 1.	Trübe.

Breslau, 25. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 6 Z. U.-P. — F. 10 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 24. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die 3proc. eröffnete zu 67, 22½. Als es hieß, daß die „Morningpost" einen Artikel bringe, nach welchem England den Congreß ablehne, sank die 3proc. auf 67, 10 und schloß in träger Haltung zur Notiz. Am Schluß der Börse wollte man wissen, daß Rußland die Einladung zum Congreß nicht ablehnend beantwortet habe, sondern nur die Aufstellung eines Programms fordere. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 15. Italien. 5proz. Rente 72, 05. Italien. neueste Anleihe —. 3proz. Spanier —. 1prz. Spanier 47½. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 393, 75. Credit-Mobilier-Aktien 1090, 00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 520, 00.

London, 24. Nov., Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 46⅞. Silber 61⅝. Regen. Consols 91¼. 1proz. Spanier 47½. Mexikaner 38. 5proz. Russen 91. Neue Russen 86½. Sardinier 89. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8 Sch. Wien 12 Fl. 45 Kr.

Wien, 24. November, Nachmittags 12½ Uhr. Beliebt. 5prozentige Metalliques 74, —. 4½proz. Metalliques 64, 50. 1854er Loose 89, —. Bank-Aktien 784, —. Nordbahn 167, 30. National-Anleihen 80, 50. Credit-Aktien 179, 60. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 186, 50. London 121, 50. Hamburg 91, 50. Paris 48, 10. Gold —. Böhmische Westbahn 156, 50. Neue Loose 136, 70. 1860er Loose 92, 10. Lomb. Eisenbahn 252, —.

Frankfurt a. M., 24. Nov., Nachmitt. 2½ Uhr. Die Börse eröffnete flau, besserte sich jedoch im Laufe des Geschäfts merklich. Finnl. Anl. 83. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 134⅞. Wiener Wechsel 94⅝. Darmst. Bank-Aktien 205. Darmst. Zettel-Bank 247. 5proz. Metalliques 57½. 4½prozentige Metalliques 49. 1854er Loose 70½. Oesterreich. National-Anleihe 63⅜. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien —. Oesterreichische Bankantheile 745. Oesterreich. Credit-Aktien 166. Neueste österreichische Anleihe 73¾. Oesterr. Elisabetbahn 107. Rhein-Nahebahn 23½. Hessische Ludwigsbahn 120.

Hamburg, 24. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlicher Umsatz. Anfangs fest, wesentlich höher, schließt meistens matt. Valuten fester. Finnländische Anl. 82. Schluß-Course: National-Anl. —. Oesterr. Credit-Aktien 70½. Vereinsbank 103½. Nordd. Bank 101 nom. Rheinische 89. Nordbahn 52. Disconto 5. Wien 95, 37. Petersburg 29½.

Hamburg, 24. Novbr. [Getreide] pr. Frühjahr ab preuß. Häfen wegen der politischen Verhältnisse geschäftslos. Offerten mit Blokadeklausel fehlen. Weizen loco fest, ruhig, ab Dänemark sehr fest, Frühjahr 98—100 verlangt und wird gehandelt. Roggen loco flau, ab Königsberg wurde für 100 Last zur Deckung pr. Frühjahr mit 59 bezahlt. Oel fest, stille, loco und pr. Novbr. 24, Mai 25⅛. Kaffee loco 1000 Sack Domingo verkauft Zucker unverändert. Zink ohne Umsätze.

Berlin, 24. November. Aus den Frühtelegrammen, welche nach der „Wiener Abendpost" dem Festhalten der österreichischen Regierung in der schleswigschen Frage an der Protokollverpflichtung das Wort reden und nach der „Morning Post" die Ablehnung Englands, den Congreß zu beschicken, melden, — schöpfte die Börse Beruhigung. Es sprach sich diese in ziemlich allgemeiner Festigkeit aus, einer mehr erkennbaren Zurückhaltung der Abgeber und vielfach willigeren Zugeständnissen seitens der Käufer. Der Umsatz selbst war indeß nirgends ein belangreicher, und nur gegen den Schluß hin entwickelte sich in den österreichischen Speculationspapieren ein lebhaftes Geschäft bei steigenden Coursen, das sich vorzüglich auf neueste Loose, dann auf Creditactien und zum Theil auf Franzosen und die übrigen Devisen erstreckte. Den Impuls hierzu gaben wohl besonders steigende wiener Course. Man meldete vom Vormittage: Credit 178. 60 bis 179. 70, Loose 91. 80 bis 92. 10, National 80, Westbahn 156, London taxirt 122. Stimmung fest. Gerücht von der Bewilligung des Rückkaufs von 10 Millionen Creditactien seitens der Anstalt. Aus Frankfurt wurde telegraphirt: Credit 166¼ bis 167¼, Loose 73¾—74¼; aus Breslau kamen Oberschlesische 145½, Creditactien 72, Loose 73½. Am Eisenbahnmarkte traten mehrfach höhere Gebote hervor, Rückgänge zeigten sich seltener. Bankpapiere waren nicht eben sehr belebt, nur etwa Genfer und Darmstädter befanden sich bei steigender Richtung in leidlich gutem Verkehr; einzelne Preisnachlässe blieben auch hier nicht aus. Fremde Fonds wurden mehrfach besser bezahlt, dagegen waren preußische ohne Theilnahme und abermals nachgebend; auch für Prioritäten ließ sich noch jedes regere Interesse vermissen. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 24. November 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	98½ B.
Staats-Anl. von 1859	5	101¾ bz.
dito 1850. 52	4	94¾ bz.
dito 1854	4½	98 bz.
dito 1855	4½	98 bz.
dito 1856	4½	98 bz.
dito 1857	4½	98 bz.
dito 1859	4	98 bz.
dito 1853	4½	94¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	86½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	98 bz
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	86 bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3	85½ G.
Pfandbriefe. Posensche	4½	— — —
Pfandbriefe. dito	3	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4½	90½ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3	89 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	93 bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	93 bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	91 B
Rentenbriefe. Preussische	4	92½ bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein	4	93 bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	94½ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	93½ bz.

Louisd'or 110 G. — Oest. Bankn. 81½ bz.
Goldkronen 9.6½ bz. — Poln Bankn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	60 bz.
dito Nat.-Anl.	5	65à64¾à65¼ b.G.
dito Lott.-A.v.60	5	73½à¼à74¼ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	71 G
dito Eisenb.-L.		74½ B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86 bz.u G.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	69 G
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	79 bz.u B
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	85 B.
dito à 300 Fl.	5	87 B.
dito à 200 Fl.	-	22¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	54 B
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30 B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	98½ B.
dito IV.	4½	— — —
dito III.v.St.3½g.	3½	77½ G.
Cöln-Minden	4½	100¾ B.
dito II.	5	102 bz.
dito	4	— — —
dito III.	4	— — —
dito	4½	94½ bz.
dito IV.	4	86½ B.
Cos.-Oderb. (Wilb.)	4	— —
dito III.	4½	- — —
Niederschl. Märk.	4	— —
dito conv.	4	- —
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb. Lit. C.	5	100 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C. u. D.	4	— — —
dito E.	3½	78½ B.
dito F.	4½	— — —
Oest. Franz.	3	250½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	252 bz.u.G.
Rhein v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	93¼ G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3⅓	3½	91 G.
Aachen-Mastrich	0	0	4	26 bz.
Amsterd-Rottd.	5 4/10	6	4	98 bz.
Berg.-Märkische	6⅓	6⅓	4	102½ bz
Berlin-Anhalt	8¼	8⅓	4	147 bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	114 G.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	176½ G.
Berlin-Stettin	7 1/12	7	4	124 bz.
Böhm. Westb.	—	—	5	61 bz.u.G
Breslau-Freib.	6⅔	8	4	125½ à 126 bz.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	168½ G.
Cosel-Oderberg.	0	⅓	4	46¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	133½ G.
Magd.-Halberst.	22⅓	25⅓	4	— — —
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅓	1 1/12	4	61¾ bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	119½ à 120 bz.
Mecklenburger	2⅔	2⅓	4	58¼ bz.u.G.
Neisse-Brieger.	3⅓	4⅓	4	81 B.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	92 bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/22	4	55½ B
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	53½à¼à54 bz.
Oberschles. A.	7 1/10	10 1/11	3½	145¾à146¼ bz.
dito B.	7 1/10	10 1/11	3½	136½ bz.
dito C.	7 1/10	10 1/11	3½	145¾à145¼ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 1/10	—	5	101½ à 102 bz.
Oestr.südl. St.-B.	3⅘	—	5	138⅓,137⅓,138b.
Oppeln-Tarn.	½	2½	4	48¼ bz.u.G.
Rheinische	5	6	4	91½ bz u G.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	100 G.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	20 G
Rhr.Crf.K.Gldb.	3 1/11	4½	3½	97½ G.
Stargard-Posen	4	6	3½	96½ bz.
Thüringer	6⅔	7⅓	4	120½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

			Zf.	
Berl. Kassen-V.	5 1/11	5 1/11	4	113 B.
Braunschw. B.	4	4	4	66¾ Klgkt bz
Bremer Bank	5⅓	5	4	103⅓ bz u. G.
Danziger Bank	6	6	4	97½ B.
Darmst. Zettelb.	9⅓	9	4	97½ G.
Geraer Bank	5⅓	7⅓	4	93½ G.
Gothaer „	4⅓	5½	4	88½ bz.
Hannoversche B.	4⅓	5	4	96 B
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	100½ G.
„ Vereins-B.	5 1/10	6 1/14	4	103 G.
Königsberger B.	5⅓	5½	4	100 B.
Luxemburger B.	10	10	4	102 B.
Magdeburger B.	4 1/10	4 1/10	4	88 B.
Posener Bank	5 1/11	5 1/11	4	92 B.
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 1/20	4½	121 B.
Thüringer Bank	2⅔	3	4	68¼ bz.
Weimar „	4	5	4	87¾ B.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	100 bz.
Coburg.Credb.A.	3	8	4	89½ bz
Darmstädter „	5	6½	4	82⅞ mehr bz.
Dessauer „	0	0	4	2½ etw. bz u.G.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	92 i P. bz u G.
Genfer Credb.A.	2	—	4	47½ à 48½ bz.
Leipziger „	3	3½	4	69 etw. bz
Meininger „	6	7	4	89½ bz.u G.
MoldauerLds.-B.	1 7/10	2 1/10	4	28 bz
Oesterr.Credb.A.	7⅓	8⅓	5	71¼à70¾à71¼b.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	95 B
Minerva	0	—	4	20½ B.
Fbr.v.Eisenbbdf.	5⅓	—	4	86 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T.	141½ bz.
dito dito	2 M.	140⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅜ bz.
dito dito	2 M.	150⅛ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 19¼ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	79 1/12 bz.
Wien 150 Fl.	8. T.	81⅛ bz.
dito dito	2 M.	80½ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 20 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99¾ G.
dito dito	2 M.	99 1/12 bz.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 20 bz.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	96⅝ bz.
dito dito	3 M.	95½ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	88 bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	109⅞ bz.

\# **Breslau,** 25. Novbr. Wind: West. Wetter: angenehm. Thermometer Früh 4° Wärme. Bei im Allgemeinen reichlichen Angeboten war für Getreide matte Stimmung vorherrschend.

Weizen schwach beachtet, pr. 84 Pfd. weißer 54—69 Sgr., gelber 53—61 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen in feinster Waare gefragt, pr. 84 Pfd. 40—43—45 Sgr. — Gerste vernachlässigt, pr. 70 Pfd. weiße 36—38 Sgr., gewöhnliche 30—35 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 26—28 Sgr. — Erbsen ohne Beachtung. — Wicken wenig angeboten. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein, geringe Sorten sehr vernachlässigt. — Oelsaaten mehr zugeführt, daher ruhiger. — Rapskuchen fest, 49—53 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	54—63—68	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	53—58—62		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	40—43—45	Schlag-Leinsaat	160—175—190
Gerste	30—35—39	Winter-Raps	194—202—212
Hafer	25—27—28	Winter-Rübsen	180—188—200
Erbsen	46—52—56	Sommer-Rübsen	150—164—174

Kleesaat fest, rothe ordinäre 10—10½ Thlr., mittle 11—11⅔ Thlr., feine 12—12⅓ Thlr., hochfeine bis 13 Thlr., — weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee 5½—7½ Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 24—34 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.